

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

VIERZEHNTE JAHR
OKTOBER 1963

10

ALFRED HORNÉ

Halt den Mund, wenn du satt bist!

Halt den Mund, wenn du satt bist — das scheint in zunehmendem Maße ein Motto zu sein, unter dem hierzulande Kritiker zurechtgewiesen werden, die an der gesellschaftlichen und politischen Ordnung unseres Staates einiges auszusetzen haben. Wer beim Wohlstandsregen im trockenen stand, wer in ziemlich armer Bescheidenheit sein Dasein fristet, der darf kritisieren. Von ihm erwartet man es nicht anders und billigt ihm mildernde Umstände zu. Wer sich aber in seinem äußeren Lebensniveau nicht von denen unterscheidet, die die Gesellschaft und ihre Ordnung loben, wer ein Auto hat und in Urlaub fährt, wer das Brathuhn nicht nur hinter dem Schaufenster liegen sieht, sondern sich auch kaufen kann, dem wird die Kritik als anormale Bösartigkeit übelgenommen. Die Devise scheint zu sein: 'Wess' Brot ich ess', 'dess' Lied ich sing'; preise den Wirt, der dich nährt und kümmer dich nicht darum, was er sonst noch treibt.

Der Wirtschaftsaufstieg hat uns allen Vorteile gebracht. Hier soll nicht die Frage untersucht werden, ob dieser Erfolg gerecht verteilt ist. Was die materiellen Lebensgüter angeht, haben alle gewonnen, und dieser Gewinn ist zugleich wieder eine Ursache für den Wirtschaftsaufstieg; an arme Leute läßt sich eine Massenproduktion ja nicht verkaufen. Wenn es aber auch als Erfolg angesehen würde, daß Wohlstand, Lohnverbesserungen, Arbeitszeitverkürzung uns denkfaul, träge und gleichgültig werden ließen, dann dürfte das allenfalls eine unqualifizierte Obrigkeit erfreuen, keineswegs aber Regierung und Bürger in einem demokratischen Staat.

Wenn es zu einem neudeutschen Sittengesetz werden sollte, daß jeder, der satt ist, den Mund zu halten hat, dann wäre der wirtschaftliche Wohlstand gesellschaftspolitisches Gift. Vielleicht ist uns in der Weimarer Zeit der erste Versuch, eine Demokratie zu gründen, neben anderen Ursachen auch deswegen nicht geglückt, weil wir für eine Demokratie zu arm waren. Wenn Kritik nur den Zukurzgekommenen erlaubt ist, wenn Protest nur noch von denen geduldet wird, die lediglich das Durchschnittseinkommen oder weniger verdienen und also ein Alibi für ihre Unzufriedenheit besitzen, dann veranstalten wir selbst unsere Demokratie zu einem Zerrbild.

Im Gegenteil: Der wirtschaftliche Wohlstand, die Maßnahmen der sozialen Sicherheit sollen gerade dazu beitragen, daß nicht die ganze Aktivität des einzelnen von den Anstrengungen zur eigenen Existenzsicherung aufgesaugt wird. Daß immer nur eine

Minderheit die gewonnene Freiheit dem öffentlichen Interesse widmet, ist eine andere Frage.

In unserer Verfassung steht, die Bundesrepublik sei ein sozialer Rechtsstaat, der die freie Meinung gewährleiste und eine Zensur verabscheue. In nahezu jeder feierlichen Rede eines Ministers oder eines sonstigen Vertreters staatlicher Obrigkeit wird nachdrücklich daran erinnert. Das ist wohl auch notwendig, weil sonst die Garantie des Grundgesetzes möglicherweise vollends in Vergessenheit geraten könnte. Daß diese Gefahr besteht, wird von Jahr zu Jahr deutlicher. Wie weit wir es schon gebracht haben, zeigten in den letzten Wochen und Monaten eine ganze Anzahl von Beispielen.

Da werden Fernsehredakteure und Rundfunkkommentatoren beschimpft, die nichts anderes getan haben, als eben dieses grundgesetzlich gesicherte Recht auf freie Meinungsäußerung in Anspruch zu nehmen. Da werden Autoren verleumdet, die die Frage nach der unbewältigten Vergangenheit beispielsweise der katholischen Kirche stellen. Da wird Volkshochschulleitern ein Disziplinarverfahren angedroht, weil sie Themen, die „höheren Orts“ unerwünscht sind, in das Programm aufnehmen wollen. Da werden Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen, weil sie nicht so denken — und das auch sagen — wie der erste oder stellvertretende Vorsitzende.

Was sind das für Leute, diese Kritiker? Darunter sind Professoren und Gewerkschaftsfunktionäre, Studenten und Angestellte, Publizisten und Redakteure — die meisten gehören den jüngeren, einige den mittleren und ganz wenige den älteren Jahrgängen an.

Gemeinsam ist den Kritikern, daß sie nicht viel Gemeinsames haben; beinahe jeder besitzt seine eigene Weltanschauung oder wenigstens eine spezielle Lesart der üblichen Weltanschauungen. Dennoch verbindet sie eine begrenzte Solidarität. Von ihren Gegnern werden sie oft — ob sie wollen oder nicht — als „Linksintellektuelle“ bezeichnet.

Vielleicht fragen Sie, was das eigentlich ist, ein „Linksintellektueller“. Das Wort erweckt den Eindruck, als handle es sich dabei um eine Minderheit von Zeitgenossen, die ein bißchen schmutzig, unsolide oder aufsässig sind und andere unanständige Gewohnheiten pflegen, also von wohlherzogenen Bürgern am besten gemieden werden. Vielleicht tragen sie einen Bart, amerikanischen Bürstenhaarschnitt, rauchen im Zimmer des Vorgesetzten unaufgefordert eine Zigarette und was an derlei zweitrangigen Erkennungszeichen sonst noch genannt werden könnte. Aber das alles hätte gewiß nicht genügt, um sie den unterschiedlichen Obrigkeiten und ihrem Gefolge unbequem werden zu lassen.

Neben anderen Untugenden haben sie noch eine: Sie nehmen das Recht auf Rede- und Meinungsfreiheit wörtlich und sagen manchmal laut, was sie denken. Und das kann natürlich nicht gutgehen.

Wer beispielsweise meint, es sei ein Übel, daß bei uns in staatlichen Behörden und in führenden Positionen unserer Gesellschaft ehemalige Nazis sitzen, von denen niemand weiß, *wie* „ehemalig“ sie sind; wer meint, mit dem primitiven Antikommunismus lieferten wir nur unseren Gegnern die Argumente; wer der Auffassung ist, unsere Politik in den letzten 15 Jahren verdiene vielleicht alle möglichen löblichen Prädikate — nur: „gesamtdeutsch“ sei sie nicht gewesen und habe die Wiedervereinigung von Jahr zu Jahr einer immer fernerer Zukunft hypothekarisch vermacht; wer behauptet, dem Gerede von der nivellierten Massengesellschaft liege entweder Unkenntnis oder Propaganda zugrunde, solange die Mehrheit nur 600 Mark im Monat verdient und eine Minderheit halbe, ganze und doppelte Millionen besitzt; wer die Unverschämtheit amtierender Minister oder Parteiführer öffentlich brandmarkt; wer also zum Beispiel in dieser Weise und auf anderen, hier nicht erwähnten Gebieten öffentliche, unmißverständliche,

scharfe Kritik übt, muß damit rechnen, in die Gruppe der Linksintellektuellen abgeschoben zu werden.

Es ist ihnen nicht gleichgültig, ob das Grundgesetz, der Konstruktionsplan unseres sozialen Rechtsstaates, nur im großen und ganzen oder in allen Einzelheiten eingehalten wird. Sie sind nicht unempfindlich, sondern reagieren allergisch gegen autoritäre Tendenzen in Regierung, Parteien und Verbänden. Sie sind nicht abgebrüht gegenüber der in der Theorie überwundenen, in der Praxis aber vorhandenen Ungleichheit der Bürger, ihrer Bildungschancen, ihrer demokratischen Gleichberechtigung, sondern sie regen sich darüber auf. Mit ihren Mitteln versuchen sie, Mißstände aufzudecken, damit sie beseitigt werden können. Sie betrachten den neudeutschen Industriefeudalismus nicht als unabänderliches Schicksal oder gottgewolltes Ordnungsprinzip. Der Katalog der Beispiele läßt sich beliebig erweitern.

Sie haben keinen Respekt vor jenen Autoritäten, die früher den Machtanspruch sozusagen in Erbpacht genommen haben und heute dieser Art Ordnung vergangener Zeiten nachtrauern. Auch vor Orden und Titeln, Schmeicheleien und Drohungen haben sie keinen Respekt. Aber vor nicht nur behauptetem, sondern nachgewiesenem demokratischem Charakter, vor der Übereinstimmung zwischen dem, was einer sagt, und dem, wie er handelt, davor haben sie sehr wohl Respekt. Daß dieser Respekt selten ist, liegt einfach daran, weil für diese Übereinstimmung nicht gerade jeder Minister, Kirchenfürst, Parteivorsitzende oder Verbandspräsident ein eindrucksvolles Beispiel liefert.

Ich spreche in diesem Kommentar in erster Linie von der Sozialkritik. Ihr liegt eine andere Vorstellung von einer demokratischen Gesellschaftsordnung zugrunde. So sehr auch diese Kritik sich oftmals an aktuellen Ereignissen entzündet — letztlich geht es ihr nicht nur um bessere Methoden und saubere Verfahrensweisen, sondern um eine gerechtere, sozialere, freiheitlichere Ordnung. Weil das so ist — und hier liegt die große Chance der Kritik — hat sie in allen Lagern, in allen Verbänden, in allen Parteien Verbündete. Für die Kritiker ist nicht das Parteibuch, nicht die Mitgliedschaft in diesem oder jenem Verband, nicht die Zugehörigkeit zu dieser oder jener Konfession entscheidend. Die Kritiker stimmen untereinander oft nur in der einen oder anderen Frage überein, in vielen anderen nicht. Aber gerade das ist gewissermaßen ihre glaubwürdigste Rechtfertigung. Sie handeln nicht im Auftrag, sondern orientieren sich „auf eigene Rechnung und Gefahr“ bei ihren Handlungen an ihren Erfahrungen, Einsichten — und an ihrem Gewissen.

Hier zeigt sich ein wunder Punkt unserer ganzen sozialen und gesellschaftlichen Diskussion. Oftmals wird überhaupt nicht mehr die Möglichkeit in Erwägung gezogen, daß die Kritiker das, was sie sagen, auch meinen. Es wird vermutet und verdächtigt, sie stünden bewußt oder unbewußt im Sold von irgendwem. In der Praxis ist damit meistens gemeint: entweder ein radikaler Gewerkschaftsflügel oder gar der Meister-Stalinist Ulbricht. Radikale Gewerkschaftsvertreter gelten als unseriös, Ulbricht wird ohnehin weniger als politischer Diktator, sondern mehr als eine ansteckende Krankheit betrachtet, und also scheinen in jedem Fall die Kritiker mißraten oder mißbrauchte Handlanger des Bösen zu sein.

Wie frei eine Gesellschaft ist, läßt sich auch an der Kritik ablesen, die sie erlaubt oder gar fördert.

Wenn diese Kritik scharf ist, wenn sie übertreibt und einseitig ist — Kritik muß und soll manchmal übers Ziel hinausschießen — muß sie mit harten Entgegnungen rechnen. Dagegen ist nichts zu sagen. Wenn aber die Kritiker als Handlanger Ulbrichts diffamiert werden, wenn sie als Miesmacher und Gewohnheitsnörgler beschimpft werden, wenn überlegt wird, ob nicht die Personalpolitik Möglichkeiten bietet, den unbequemen Zeit-

genossen mundtot zu machen, dann sind das Kennzeichen für autoritäre und totalitäre Tendenzen.

Unser Volk ist in Anpassung wohlerzogen; viele wissen noch oder schon wieder, welche vorteilhaften Folgen es haben kann, die Obrigkeit zu loben und dem, was sie tut und will, Beifall zu zollen. Mit „Obrigkeit“ sind hier nicht nur Minister, sondern auch Parteiführer und alle Arten Vorstandsmitglieder, städtische und staatliche Befehlsbeamte, Abteilungsleiter und alle Sorten Vorgesetzte gemeint. Auf Befehl konnten wir Deutsche schon immer viel; auf Befehl konnten wir sogar tapfer sein, jedenfalls dann, wenn man uns sagte, wer denn unser Feind sei. Aber aus eigener Verantwortung zu widersprechen, den Befehlshabern Widerstand entgegenzusetzen, verweigerte Freiheit zurückzuerobern und vorhandene Freiheit auch in Anspruch zu nehmen — das sind riskante Tugenden, für die man bei uns weitaus weniger Beispiele findet.

Deswegen beruht auch der Vorwurf, die Kritik, die in Büchern, Kommentaren, Fernsehsendungen zum Ausdruck komme, sei nicht objektiv, bestenfalls auf einem gründlichen Mißverständnis. Hier ist nicht von Nachrichten und informierender Berichterstattung die Rede, die in erster Linie sachlich, objektiv und neutral sein müssen. Aber Kommentare, Aufsätze und Sendungen, für die *ein Autor* verantwortlich zeichnet, müssen subjektiv sein — oder man soll sie aus jedwedem Programm streichen. Uns mangelt es in unserer gesellschaftlichen Ordnung nicht an Objektivität, uns mangelt es an Subjektivität, am offenen, ehrlichen und deutlichen Bekenntnis der eigenen Meinung. Wer durch das Bemühen, es allen recht zu machen, die Gefahr vermeiden will, in einen kollektiven Fettnapf zu treten, der sich über den machtlosen Zeitgenossen ergießen könnte, kann als Pressechef einer Behörde gute Dienste leisten, aber politische Kommentare sollte er nicht schreiben.

Jede Kritik ist in dem Maße frei und unabhängig, wie sie das voraussichtliche Echo auf diese Kritik unberücksichtigt läßt. Woher die Beschwerden kommen — möglicherweise von den eigenen Freunden! — woher der Beifall kommt — möglicherweise von den ärgsten Feinden! — das darf den Kritiker im Idealfall gar nicht, im Normalfall nur wenig kümmern.

Sein Leitbild ist nicht der brave Bürger, der dem Wechselbad zwischen Ermunterung zu demokratischer Aktivität und der Obrigkeitspropaganda nach nationalem Wohlverhalten geheilt entstiegen ist. Die soziale Demokratie verlangt nicht den bequemen, sondern den unbequemen, nicht den zufriedenen, sondern den fordernden, nicht den gläubigen, sondern den zweifelnden Bürger. Solange diese soziale Demokratie noch in den Anfängen steckt — und das ist in der Bundesrepublik der Fall —, braucht *es* überdies eine nicht zu geringe Zahl von Bürgern, die nicht vertrauensselig, sondern mißtrauisch sind. Ein Übermaß von kritischer Wachsamkeit kann lästig sein, ein Übermaß von Gleichgültigkeit ist gefährlich — möglicherweise tödlich. Wie gehabt.

Die Freiheit ist bei uns viel weniger verboten als befürchtet wird; *aber sie wird weitaus weniger in Anspruch genommen als notwendig wäre*. Von Jahr zu Jahr verstärkt sich die Tendenz, diese Freiheit auch denen abzugewöhnen, die noch nicht freiwillig darauf verzichten haben. Wenn möglich soll das heimlich und lautlos geschehen; läßt es sich nicht vermeiden, werden auch Skandale in Kauf genommen. Sie *schaden* ja nicht nur den Urhebern, sie *nützen* ihnen auch, denn sie wirken im Land als *abschreckendes Beispiel*. Damit entfernen wir uns aber von einem sozialen Rechtsstaat, von einer freien Gesellschaft. Nicht nur im Staat, auch in den Parteien und Verbänden findet dieser Prozeß der Entdemokratisierung statt. Weil wir alle ein Stück Schuld an dieser Entwicklung haben, ist es auch *unsere gemeinsame Sache*, heute zu korrigieren, was in naher oder ferner Zukunft zwar beklagt, aber nicht mehr geändert werden könnte.